



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 20.09.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 23. September 2024

Fokusthema: **Finanzen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag eine ausführliche Debatte über die Umsetzung der Steuervorlage 17 führen. Anschliessend stehen die beantragte Ablehnung einer Einzelinitiative zur Steuerpflicht für Einspeisevergütungen, die Abschreibung von zwei Postulaten zu Homeoffice-Anliegen und die beantragte Ablehnung einer PI zur Gewinnausschüttung der ZKB auf der Traktandenliste. Sollte anschliessend noch Zeit verbleiben, wird der Rat bis zum Sitzungsende Vorstösse beraten, welche die Finanzdirektion betreffen.

Gewinnsteuersenkung ohne Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung

Eine längere Debatte ist zur Änderung des Steuergesetzes zu erwarten. Nachdem der Kanton Zürich in einem ersten Schritt die Vorgaben des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) Anfang 2020 in sein kantonales Recht umgesetzt hat, wird der Rat am Montag über die Umsetzung des zweiten Schritts der Steuervorlage diskutieren. Der Regierungsrat möchte dazu einerseits den einfachen Gewinnsteuersatz für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften von heute 7 Prozent auf neu 6 Prozent des steuerbaren Gewinns senken. Andererseits soll die Teilbesteuerung von Dividenden aus qualifizierten Beteiligungen von heute 50 Prozent auf neu 60 Prozent erhöht werden. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) befürwortet mit 9 zu 5 Stimmen die Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen ([5939](#)). Damit will sie die Umsetzung der Steuervorlage 17 fortsetzen und die Position des Kantons Zürich in einem sich verschärfenden Standortwettbewerb stärken. Die Kommissionsminderheit aus SP, Grünen und AL kritisiert die Senkung des Gewinnsteuersatzes. Die Reform komme grossen Unternehmen zugute und es drohten spürbare Steuerausfälle. Auf die beantragte Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung will die WAK-Mehrheit verzichten, um kleine und mittlere Unternehmen nicht zusätzlich zu belasten. Eine Minderheit aus SP, Grünen, EVP und AL argumentiert indes, dass eine Gewinnsteuersatzsenkung ohne Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung unausgewogen wäre.

In einer Stellungnahme zum Ergebnis der Kommissionsberatungen ersuchte der Regierungsrat die Kommission, der Erhöhung der Dividendenteilbesteuerung zuzustimmen. Andernfalls würden sich aus der Vorlage für den Kanton und insbesondere für die Gemeinden nur noch Mindererträge ergeben, für die eine Kompensation fehle.

Um die Folgen der Steuervorlage 17 abzufedern, wurden bereits im Rahmen des ersten Schrittes der Vorlage Unterstützungsleistungen für besonders betroffene Gemeinden vorgesehen. Als besonders betroffen gelten Gemeinden, deren Erträge aus Gewinn- und Kapitalsteuern einen bestimmten Anteil der gesamten Erträge aus Einkommens-, Vermögens-, Gewinn- und Kapitalsteuern ausmachen. Damit möglichst viele Gemeinden mit Unterstützungsleistungen des Kantons berücksichtigt werden können, beantragt die Kommission den Mindestanteil bei 15 Prozent anzusetzen. Andernfalls drohten weniger Gemeinden als bislang unterstützt zu werden. Eine Minderheit aus SP, Grüne, EVP und AL unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Schwelle bei 20 Prozent zu belassen. Sie möchte sicherstellen, dass den meistbetroffenen Gemeinden mehr Unterstützung zukommt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Harry Brandenberger (SP, Gossau), 079 287 84 70

Einzelinitiative zu Einspeisevergütungen soll abgelehnt werden

Rasch behandelt werden dürfte die Einzelinitiative einer Person aus Dübendorf betreffend «Die Steuerpflicht für Einspeisevergütungen sei im Gesetz zu streichen». Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Einzelinitiative abzulehnen ([KR-Nr. 167/2022](#)). Auch der Regierungsrat hatte sich gegen die Einzelinitiative ausgesprochen und dargelegt, dass eine allgemeine Nichtbesteuerung der Einspeisevergütungen bundesrechtswidrig wäre. Allerdings werden die Anliegen der Einzelinitiative aufgrund einer inzwischen erfolgten Änderung der Praxis der Besteuerung von Erträgen aus Photovoltaik-Anlagen teilweise erfüllt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Homeoffice-Postulate sollen abgeschrieben werden

Unumstritten wird am Montag die Abschreibung von zwei Postulaten sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt einstimmig, das Postulat von FDP-Kantonsrat Beat Habegger betreffend «Home Office unterstützen – auch nach der Pandemie» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 318/2020](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, Massnahmen zur Unterstützung von Homeoffice zu prüfen. In seiner Antwort hat der Regierungsrat auf die grosse Bedeutung verwiesen, welche in diesem Bereich bundesrechtlichen Bestimmungen zukommt. Handlungsspielräume bieten sich dem Kanton hingegen bei den Arbeitsbedingungen der kantonalen Verwaltung, wo das mobile Arbeiten bereits gängig ist. Ebenfalls einstimmig zur Abschreibung beantragt wird von der WAK das Postulat von FDP-Kantonsrat Martin Farner betreffend «Steuerliche Gleichbehandlung von Arbeit im Homeoffice und am Arbeitsplatz» ([KR-Nr. 184/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, ein Modell zur steuerlichen Gleichbehandlung von Arbeit im Homeoffice und am Arbeitsplatz zu entwickeln. In seiner Antwort hat der Regierungsrat dargelegt, dass die Berufskosten weitgehend im Bundesrecht geregelt sind. Zurzeit arbeitet der Bundesrat eine Reform aus, mit der die Möglichkeit geschaffen werden soll, Teile der Berufskosten in Form einer vom Arbeitsort unabhängigen Pauschale abzuziehen.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Ablehnung der PI zur Gewinnausschüttung bei der Zürcher Kantonalbank

GLP-Altkantonsrat Michael Zeugin wollte mit der parlamentarischen Initiative (PI) «Verbesserte Corporate Governance bei der Gewinnausschüttung der ZKB» eine Verbesserung erreichen, indem künftig der Kantonsrat als Vertreter der Eigentümerschaft über die Dividendenausschüttung mitentscheiden sollte. Die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU) beantragt dem Kantonsrat aber mit 10 zu 1 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 96/2022](#)). Nachdem sich die angehörten Kreise grossmehrheitlich ablehnend geäussert hatten, kam die Kommission zum Schluss, dass die PI mehr Unsicherheiten als Mehrwert nach sich ziehen würde. Die Kommissionsminderheit (GLP) ist der Ansicht, dass nur die Trennung der beiden Anträge es ermöglicht, unabhängig von der Genehmigung der Jahresrechnung zu differenzieren, ob man mit der Gewinnverwendung einverstanden ist oder nicht. Sie beantragt daher, die PI zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs an die AWU zurückzuweisen.

AWU-Referent: André Bender (SVP, Oberengstringen), 079 403 68 49

Minderheit: Stefanie Huber (GLP, Dübendorf), 079 835 90 46

Vorstösse zur «warmen Progression», E-Mobilität und zu Steuerfüssen auf Gemeindeebene

Sollte vor Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird sich der Kantonsrat mit Vorstössen befassen, welche die Finanzdirektion betreffen. Gleich drei Vorstösse stammen aus der Feder von FDP-Kantonsrat Mario Senn. Dieser will den Regierungsrat beauftragen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher der regelmässige Ausgleich der realen Progression (die sogenannte «warme Progression») gesetzlich verankert wird ([KR-Nr. 412/2023](#)). Zudem sollen die steuerrechtlichen

Vorgaben zur Nutzung von Geschäftsfahrzeugen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, damit Mitarbeitende mit elektrisch betriebenen Geschäftsfahrzeugen steuerlich nicht benachteiligt werden ([KR-Nr. 144/2024](#)). Und schliesslich sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, unterschiedliche Steuerfüsse für natürliche und juristische Personen festzusetzen ([KR-Nr. 207/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt, die drei Vorstösse abzulehnen.

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12